

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antrag:

1. Die Stadt Dannenberg/Elbe fordert von der Niedersächsischen Landesregierung bzw. dem Niedersächsischen Umweltministerium ein Aussetzen der Genehmigung für die Einlagerung im Zwischenlager Gorleben, bis zweifelsfrei geklärt worden ist, warum im/am Zwischenlager Gorleben die Grenzwerte nahezu erreicht werden bzw. die Strahlung deutlich erhöht ist.
2. Die Stadt Dannenberg/Elbe fordert
 - ein einheitliches Messverfahren ohne Möglichkeit für willkürliche Interpretationen von irgendeiner Seite.
 - dass von unabhängiger Seite gemessen wird und nicht durch den Betreiber.
 - dass die Messdaten in wöchentlichen Abständen in der EJZ veröffentlicht werden.
3. Die Stadt Dannenberg/Elbe fordert ein generelles Ende der Castortransporte, mindestens aber das Recht für die Anwohner des Verladekrans bzw. der Transportstrecke, die Beförderungsgenehmigung gerichtlich überprüfen zu lassen.

Begründung:

Zu 1.

Bisher ist die Ursache für die deutlich erhöhte Strahlung im und am Zwischenlager Gorleben völlig unklar. Es muss sofort nach der Ursache gesucht werden, Ersatzhandlungen, wie das nach bestehender Betriebsgenehmigung unzulässige Umstellen der Behälter im Zwischenlager, werden selbst von der GNS als wenig zielführend beschrieben (Herr Auer, Pressesprecher der GNS im Atomausschuss 30.8.11)

Zu 2.

Weil wichtige Sachverhalte rund um das Kontrollmessverfahren im Zwischenlager Gorleben bis heute nicht geklärt sind (z.B. Messpunkt für die höchste Strahlenbelastung) und das Messverfahren selbst mit unterschiedlichen Methoden und Parametern durchgeführt wird (z.B. GNS-Daten versus NLWKN-Daten) halten wir es für unverantwortlich, weiter hochradioaktiven Müll in Gorleben einzulagern.

Die Kontrollmessungen sind interpretierbar (was von Experten nicht bestritten wird), und wir sind nicht bereit, diesen Zustand weiter mit Stillschweigen zu übergehen. Wem daran gelegen ist, dass die örtliche Bevölkerung im Rahmen des Möglichen vor gefährlicher Strahlung geschützt wird, darf keinerlei Kompromisse im Kontrollverfahren hinnehmen.

Zu 3.

In unserer Stadt steht nahe der Wohnbebauung der Verladekran für das Umladen der Castoren auf Tieflader für den Straßentransport nach Gorleben. Über viele Stunden wird verladen mit allen denkbaren technischen Risiken und zusätzlich mit hoher Strahlenbelastung für Anwohner, Polizei und technisches Personal.

Eine gerichtliche Überprüfung der Beförderungs- und Betriebsgenehmigung muss zulässig sein. Die Argumentation des OVG Lüneburg, die Behälter seien sicherer geworden, deckt sich nicht mit der Mutmaßung des NMU, im Zwischenlager gemessene höhere Strahlenwerte hingen mit der größeren Anzahl der eingelagerten Behälter zusammen.

Sollte es aufgrund einer Panne beim Verladen zur Katastrophe kommen, gibt es vor Ort keine Möglichkeit zum Eingreifen. Fukushima lehrt uns allerdings, dass selbst Fachingenieure im Ernstfall hilflos sind.

Der Stadtrat ist nicht bereit, ein „Restrisiko“ länger hinzunehmen.

Für die Stadtratsfraktion
Elke Mundhenk

Dannenberg, den 31.8.11